

An alle Mitstreiter für eine Menschenwürdige Flüchtlingspolitik!

Was bedeutet Würde? Sie ist die Befähigung zur Führung eines selbstbestimmten, unabhängigen Lebens. Abseits von Anfeindungen, Ausgrenzung und Unsicherheit. Insofern haben wir einen Teil unseres Ziels erreicht, wenn in Hamburg niemand mehr darauf angewiesen ist, in einer Unterkunft zu leben, in der sein Leben zu gewissen Teilen fremdbestimmt abläuft.

Die Einhaltung von Schließzeiten, feste Vorgaben, was es wann zu Essen gibt, keine freie Wahl des Wohnraums: All das sind Dinge, die die Menschen, die zu uns gekommen sind, in ihrer freien Wahl einschränken.

Allerdings befinden sie sich in einer Übergangsphase. Im Idealfall ist sie Teil eines Prozesses, der sich Integration nennt. Wir sprechen von ihr als gesamtgesellschaftliche Integration. Denn das, was sich mit dem enormen zivilgesellschaftlichen Engagement vor allem des letzten Jahres, aber auch schon davor in diversen Initiativen erkennen lässt, ist kein "die kommen zu uns, die wollen was von uns und wir geben es ihnen", sondern ein Prozess, in dem die ganze Gesellschaft, auch die neu dazu gekommenen, zueinander findet. Zusammen bauen wir unsere Zukunft.

Dennoch befinden sich geflüchtete Menschen in dieser Übergangsphase. Und hier gilt es für uns, als Bündnis von Menschen, die zum Teil selbst eine Flucht erlebt haben und zum Teil für diese engagiert sind, ein größtmögliches Maß an Würde und Selbstbestimmung zu ermöglichen. Deshalb sprechen wir uns offen gegen Anfeindung und Ausgrenzung aus. Aber die Menschen, die sich noch in dieser Übergangsphase befinden, brauchen auch eines: Sicherheit. Nicht im Sinnen bewachter Lager mit Ein- und Ausgangskontrollen, sondern im Sinne von Klarheit und Information ihre Lebensbedingungen betreffend.

Die FHH rechtfertigte ihre drastischen Maßnahmen (u.a. die Vergabe von Aufträgen zur Betreuung von Unterkünften ohne Schließung schriftlicher Vereinbarungen) mit ihrer fehlenden Vorbereitung auf das für sie unerwartete Ankommen vieler Menschen, deren Unterbringung sie sicherzustellen hatte. Was in dieser Situation möglicherweise noch notwendig war, ist spätestens jetzt zum Problem geworden.

Denn "Handsschlag"-Vereinbarungen über den Betrieb von Unterkünften, das Fehlen von verbindlichen Standards und einsehbaren Betreiberverträgen schaffen eine enorme Unsicherheit für alle Beteiligten - die Hauptamtlichen, die Ehrenamtlichen und vor allem die Geflüchteten. Sie müssen in dieser Situation leben.

Dies ist nur eine Baustelle, an der das Bündnis Hamburger Flüchtlingsinitiativen Verbesserungen nicht nur anmahnt, sondern auch vorschlägt. Wir behaupten keinesfalls, den "Stein der Weisen" zur richtigen Unterbringung zu haben. Viele Faktoren sind zu berücksichtigen - Interessenartikulation der Bewohner, kulturelle Diversität, Schutz von Gruppen innerhalb des Camps, Ernährung, Zuständigkeiten, Personalschlüssel, Sozialarbeiter und Ehrenamt, um nur einige zu nennen. Um ein umfassendes Konzept, dass nicht nur die Perspektive des Ehrenamtes berücksichtigt, zu entwickeln, fordern wir, zusammen mit allen beteiligten Akteuren ein gemeinsames Konzept zu erarbeiten. Dieser proaktive, konstruktive Zugang soll ein bestmögliches Ergebnis produzieren. Eine "best practice"-Erhebung, die durch Befragung aller Beteiligten (vor allem auch der Geflüchteten und deren ehrenamtlichen Unterstützern) sowohl Probleme identifizieren als auch gute Lösungsansätze entwickeln soll, ist dafür ein Mittel. Die Einbeziehung universitärer Hilfe bedeutet nicht das Abdriften in den akademischen Elfenbeinturm, die Nutzung eines professionellen Vokabulars nicht die neoliberale Unterwanderung unseres Bündnisses.

Diese beiden Punkte ermöglichen uns ein differenziertes Ergebnis, mit dem wir "über die Appellebene hinaus" professionell und auf Augenhöhe arbeiten und verhandeln können. Wir wollen unsere Anregung auf der Arbeitsebene einfließen lassen, um wirklich etwas zu verändern und nicht nur zu beklagen. Dabei vergessen wir aber nicht den moralischen Anspruch unserer Arbeit. Unsere Kritik an ausufernden Kosten in Unterkünften beruht nicht auf Missgunst gegenüber Bewohnern, sondern auf den zu Grunde liegenden strukturellen Problemen. Unser Hauptanliegen ist keinesfalls dem Senat Ersparnisse zu ermöglichen. Was wir fordern, ist eine sinnvolle, zielgerichtete Verwendung der Gelder im Sinne und zu Gunsten der Geflüchteten. Wenn von "unternehmerischen Gesichtspunkten" die Rede ist, geht es keinesfalls um die Reduktion von Menschen auf Zahlen und Kosten, sondern um Effektivität in der Nutzung der Mittel zum Wohle der Menschen.

Denn wenn diese im ersten Schritt, durch effektives Unterkunftsmanagement, in dem horrenden Kosten, die keinen Mehrwert für die Bewohner haben, sondern lediglich eine Profitsteigerung für die an der Unterhaltung der Unterkunft beteiligten Firmen bedeuten, gespart werden, können sie im zweiten Schritt an anderer Stelle sinnvoll eingesetzt werden - zum Beispiel zur Verbesserung der Infrastruktur vor Ort, zum Ausbau des sozialen Angebots und des Angebots an Sprachkursen. Eine Beteiligung an der Debatte ermöglicht uns Einflussnahme, um eben diese Reduzierung von Menschen auf Maßzahlen zu verhindern und moralisch erstrebenswerte Ergebnisse zu erzielen.

Und auch im Umkehrschluss bringen einheitliche Standards, die unter Einbeziehung aller Betroffenen entwickelt wurden, einen Vorteil: Die Möglichkeit der Beschwerde. Denn wo keine Verbindlichkeit herrscht, verhallt Anmahnung von Mängeln oft im Nichts. Mit einer ausformulierten Grundlage der Ansprüche an Lebensbedingungen in Unterkünften kann effektiv gegen Verstöße vorgegangen werden. Zu diesem Zweck strebt das BHFI im nächsten Schritt die Errichtung einer Ombudsstelle an. Diese soll von allen Beteiligten (sowohl Haupt- als auch Ehrenamtlichen und vor allem auch den Geflüchteten selbst) angerufen werden und Beschwerden effektiv be- und verarbeiten können, um so die Lage tatsächlich zu verbessern.

Dieses Anliegen ist nur ein Teil unserer Arbeit. Aber es ist ein Schritt auf dem Weg zu unserem gemeinsamen Ziel. Nämlich ein würdiges Ankommen und Bleiben bei uns in Hamburg zu ermöglichen - zusammen!